

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monat-
lich 1,20 RM. zuzüglich Postge-
bühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neuange-
kommene Beilage kostet 25 Pfennig,
die Reflektierte 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 187

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Donnerstag, den 27. November 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Reinigung der Bürgersteige und Rinnsteine läßt wieder zu wünschen übrig. Vor einigen Grundstücken lagert noch Laub. Den Grundstücksbesitzern mache ich es zur Pflicht, für hässliche Einkerkerung Sorge zu tragen und die Bürgersteige bei Schneefall und Glatteis unverzüglich zu reinigen bzw. mit abstumpfen Stoffen zu bestreuen. Höhe und Richtung dürfen hierzu nicht verwendet werden.

Ich weise besonders darauf hin, daß für etwaige Unfälle, die durch Unterlassung der Pflicht entstehen, die Grundstücksbesitzer ersatzpflichtig sind.

Auf dem Grundstück des Gustav Siwert in Lehnitz, Moltkestraße 34-36, sind Fußgänger und Selbstschüsse angebracht. Vor Annäherung wird gewarnt.

Birkenwerder, den 26. November 1930.

Der Amtsvorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Volksbühnen.

Die Zeiten der Bühnenausschau werden hiermit verlegt. Die Ausgabe findet während des Winterhalbjahres (bis zum 31. März 1931) an jedem Freitag von 1/6 bis 1/8 Uhr abends statt.

Bergfelde, den 26. November 1930.

Der k. Gemeindevorsteher. Czekowski.

Strom-Unterbrechung in Bergfelde.

Am Donnerstag, dem 27. November d. Js., wird die Stromlieferung in Bergfelde von morgens 8 bis nachmittags 4 Uhr gesperrt. Zu dieser Zeit werden die Kabelverbindungen der neuen Transformatoranlage für den Ortsteil Heideplan hergestellt.

Elektrizitäts- und Wasserwerk Birkenwerder

o. m. b. H.

Länderkrieg gegen das Reich

Im Verfassungsrechtsstreit um den Reichsbahnverwaltungsrat.

Leipzig, 25. November.

In der Verfassungsrechtsstreitfrage zwischen dem Reich und den Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg um die Benennung von Verwaltungsratsmitgliedern für die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag des Reiches abgewiesen und dahin entschieden, daß auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrages über den Leber, der Staatsbahnen auf das Reich vom 30. April 1920 abgegebenen Erklärung die Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg das Recht haben, je ein Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft zu benennen.

An der Begründung der Entscheidung wird u. a. ausgeführt: Die Reichregierung hat zur Zeit über 18 Sitze zu verfügen. Rednet man davon den Preußen zugeprochenen Sitzen ab und selbst weitere vier für die Vorzugsaktionäre, obwohl der Übergang der Sitze an diese jedenfalls nicht in absehbarer Zeit zu erwarten ist, so verbleiben doch dem Reich zur Besetzung immer noch 13 Sitze. Warum das Reich von diesen nicht vier an die vier streitenden Länder abgeben könnte, ist nicht einzusehen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß der Einzug von Ländervertretern in den Verwaltungsrat dessen Aufbau fördern oder die Länderinteressen in den Vordergrund schieben würde. Es liegt keinerlei Anhalt dafür vor, daß die Ländervertreter nicht ebenso ihr Amt im Sinne des Wohles des ganzen Volkes ausüben würden, wie dies die von der Reichregierung ernannten Vertreter tun.

Unterjochung des Alsdorfer Anglitz

Alsdorf, 25. November.

Der Unfallsauschuß der Grubenversicherungskommission auf der Grube Anna II in Alsdorf ist erneut zusammengetreten. Er nahm zunächst eine neue Besichtigung der haben, der Stützungen und der Umgebung des Schachtes vor, um in eine ernste Prüfung der in den letzten Tagen in der Presse aufgeworfenen Frage eines Eindringens von benzolhaltigen Wässern in die oberen Teile des Euhardtschachtes einzutreten. Es wurden zu diesem Zweck an verschiedenen Stellen von den Schmutzwässern sowie von den durch die Bergarbeiten filtrierten und gefärbten Wässern Proben genommen, deren sofortige chemische Untersuchung veranlaßt wurde. Bei den eingehenden Beratungen konnte der Explosionsgefahr bisher noch nicht festgelegt werden; da unter dem Bruch der östlichen Richtstrecke der 360-Meter-Sohle bisher erst ein Teil des Kohlenzuges freigelegt werden konnte, vor dem die noch lebende Benzolholzmotiv vorausichtlich noch stehen wird, konnte natürlich über den Zustand dieser Lokomotive noch nichts ermittelt werden. Die weiteren Aufklärungsarbeiten untertage sind von allen Seiten im Gange. Auch die Aufklärungsarbeiten über Tage werden unter der Aufsicht der Bergbehörde weiterbetrieben, sind jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, daß eine reflexlose Klärung der Frage möglich ist, ob der Explosionsherd über- oder untertage zu suchen ist.

Zuspitzung der Lage

Der Kanzler drängt in seinen Besprechungen mit den Parteiführern auf baldige Klärung der Stellungnahme ihrer Parteien zu dem Regierungsprogramm. In acht Tagen wird der Reichstag zusammentreten, um sich mit dem Gehegungswert der Regierung zum Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu beschäftigen. Dr. Brüning will jedoch schon vor dem Zutritt des Reichstages verbindende Erklärungen der Parteien, wie sie sich zu den einzelnen Gehegungswerten stellen. Sollte sich ergeben, daß eine Mehrheit zu den Grundzügen der gehegungswerten Maßnahmen der Regierung in wichtigen Punkten nicht zu erreichen ist, dann scheint der Kanzler entschlossen zu sein, diese Gehegungswerte auch ohne Parlament zur Durchführung zu bringen. Der Kanzler hat den einzelnen Parteivertretern eingehend die Gründe auseinandergesetzt, die ihn zwingen, vom Reichstag eine schnelle und positive Entscheidung zu verlangen. Er hat sich dabei entschieden gegen Veränderungen der Gehegungsvorlagen ausgesprochen, soweit sie das Ziel und den Charakter der Vorlagen im Gesamtantrags des Regierungsprogramms verfehlen. Nach den bisherigen Besprechungen haben sich dabei sowohl Schwierigkeiten mit der Sozialdemokratie wie auch mit der Wirtschaftspartei ergeben, die letztere veranlaßt, der Regierung Brüning die Gefolgschaft zu kündigen und ihren ministeriellen Vertreter, den Reichsjustizminister Dr. Bredt, aus dem Kabinett zurückzuziehen.

Es hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß die Regierung Brüning weder koalitionsgebunden ist, noch nach ihrer Zusammenlegung eine parlamentarische Mehrheit besitzt. Deshalb ändert der Beschluß der Wirtschaftspartei formell und tatsächlich die Lage des Kabinetts Brüning nicht. Der Kanzler hat mehrfach erklärt, daß er nicht beabsichtigt, koalitionsmäßig eine Mehrheit im Reichstag zu besitzen, sondern eine sachliche Mitarbeit aller politisch zu Reich und Wirtschaft eingestellten Kräfte erstrebt. Die Differenzen, die sich nach den jüngsten Mitteilungen zwischen Kanzler und Sozialdemokratie ergeben haben, können allerdings den Kanzler veranlassen, von seiner bisher vertretenen Ansicht, das Gehegungswert auf dem koordinierten parlamentarischen Weg zur Erledigung zu bringen, abzugehen. Eine endgültige Entscheidung darüber hat er noch nicht getroffen. Es sieht aber nicht so aus, als ob er seine bisherige Arbeit durch einen sachlich unbegründeten Mehrheitsbeschluß des Reichstages in Gefahr bringen lassen wird. Wahrscheinlicher ist, daß der Kanzler sich vom Reichspräsidenten die Ermächtigung geben ließe, die von ihm als lebensnotwendig für Reich und Wirtschaft angesehenen Gehegungsvorlagen durch Notverordnung in Kraft zu setzen.

Verhinderlich ist in politischen Kreisen die Frage aufgeworfen worden, ob die Reichsregierung verfassungsrechtlich in der Lage ist, auch die Gehegungsvorlagen im parlamentarischen Charakter - und das sind eine ganze Reihe, die sich auf die Finanzgehegung beziehen - mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft zu setzen. Nach Auffassung der zuständigen Stellen, ist diese Frage unter allen Umständen zu bejahen, sofern es sich um Gehegung handelt, die erlassen werden, um einen Notfall ab oder eine Gefahr für das Reich zu beseitigen. Dieser Weg erscheint für die Regierung um so notwendiger, nachdem sich gezeigt hat, daß in vielen Fällen jenseit eine einfache Mehrheit nicht zu erreichen sein wird, daß aber von dem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit für die Gehegungsvorlagen abweichenden Charakters wohl überhaupt nicht die Rede sein kann.

Parteien und Regierungsprogramm

Regierungsprogramm ohne Parlament?

Berlin, 26. November.

Der Kanzler setzte im Laufe des Dienstag seine Besprechungen mit den Vertretern der übrigen Parteien fort. Er hofft, diese Verhandlungen bis Donnerstag zum Abschluß zu bringen, so daß sich für ihn dann eine vollständig geklärte Lage über die Stellungnahme der Partei ergibt. Erst dann wird er sich darüber entscheiden, auf welchem Wege die Inkraftsetzung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms erfolgen kann.

Untragbare Abänderungsvorschläge der Sozialdemokraten

An der Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Führern nahmen die Abgeordneten Müller, Franken, Dr. Breitscheid, Dr. Hilsberg und Dr. Herberich teil. In mehrstündigen Verhandlungen wurden die Abänderungswünsche der Sozialdemokraten zu den Notverordnungen eingehend besprochen.

Ihre endgültige Stellung zu dem Gesamtkomplex will die Sozialdemokratie davon abhängig machen, wie weit ihre Abänderungswünsche Verwirklichung finden.

Zentrum hinter Brüning

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der zunächst alle vom Fraktionsvorsitzenden in der Parlamentsspaule unternommen Schritte und Maßnahmen einmütig gebilligt wurden. Weiter beschäftigte sich die Fraktion mit einer Reihe von Anträgen wirtschafts- und kulturpolitischer Art. Diese Anträge betreffen die Preis- und Gehaltsentwertung und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Die Regierung wird ersucht, die vom Gehegungswert der Gehegungswerte in öffentlichen und privaten Institutionen, Organisationen und Körperschaften durch geeignete Maßnahmen in angemessener Weise zu senken. Sie wird weiter gebeten, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Wohnentwertungen zeitlich mit einer wirksamen Preisentwertung verknüpft werden.

Christlich-soziale Abänderungswünsche
Der Christlich-Soziale Volksdienst verlangt, wie in einer Fraktionsanfrage festgestellt wurde, nicht die vollständige Aufhebung der Notverordnung, hat aber, wie wir hören, einige Abänderungswünsche. Er wendet sich vor allem gegen die bei den Krankenkassen neu eingeführten Krankenschein- und Rezeptgebühren. In steuerlicher Beziehung ist der Christlich-Soziale Volksdienst ein Gegner der Verzehrssteuer, während er einer an der Quelle erhobenen verstärkten Biersteuer zustimmen würde. Die Wünsche der Fraktion gehen weiter auf eine sozialere Gestaltung und Staffierung der Bürgersteuer hin.

Minister Bredt zurückgetreten

Wirtschaftspartei gegen Anlehnung an Sozialdemokratie

Die politische und parlamentarische Lage hat sich seit Dienstag weiter zuspitzt. Noch bevor die Besprechungen des Kanzlers mit dem Vertreter der Fraktionen zum Abschluß gebracht worden sind, hat der Reichsparteiauschuß der Wirtschaftspartei nach eingehender Besprechung drei grundsätzliche Beschlüsse gefaßt, die eine vollständige Auflösung von der bisherigen Regierungskoalition bedeuten: Verweigerung weiterer Unterstützung der Regierung Brüning, Zurückziehung ihres ministeriellen Vertreters im Kabinett, Dr. Bredt, aus der Regierung und Stellungnahme gegen Dr. Bredt in dem Konflikt Reich-Thüringen.

Damit geht die Wirtschaftspartei zur ausgesprochenen Opposition über. Sie hat ihre Entschiedenheiten durch folgende parteiinterne Beratungen der Öffentlichkeit bekanntgegeben:

Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Regierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser Beschluß einstimmig und im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister Prof. Dr. Bredt erfolgt ist. Minister Bredt, der sich krankheitsbedingt in Marburg aufhält, hat unmittelbar darauf dem Reichskanzler sein Rücktrittsgesuch übermittelt, das bereits Dienstagmittag in der Reichstagskammer vorlag.

Ferner hat sich der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei bei seinen Beratungen über die weitere Einstellung der Partei zum Kabinett Brüning auch mit dem



Nettelburg unter Wasser.

Die Siedlung Nettelburg bei Bergedorf, unweit von Hamburg, ist vollkommen vom Hochwasser überflutet worden. An einer Kanalbauweise ist der Deich in einer Länge von 20 Metern eingestürzt, und dann strömte das Wasser unaufhörlich in den Ort und überschwemmte Straßen und Plätze.

H. B. z. eine überschwemmte Straße in Nettelburg.

Konflikt Reich-Thüringen
 Beschäftigt. Als Ergebnis wurde mitgeteilt:
 Der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei billigt und vertritt den Standpunkt, den die Thüringer Landtagsfraktion im Sinne der Thüringer Regierungsparteien eingenommen hat.
 Wie verlautet, hat der Reichsanwalt nicht die Absicht, dem Reichspräsidenten zu empfehlen, den Reichsjustizminister zum Verbleiben in seinem Amt zu bewegen. Professor Bredt will in der nächsten Woche nach Berlin kommen und sich offiziell vom Reichskabinett verabschieden.

Bredt Fachminister?

Konflikt in der Wirtschaftspartei beigelegt.
 Berlin, 26. November.

Über das Rücktrittsgesuch des Justizministers Dr. Bredt ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Wie verlautet, will der Reichspräsident die gesundheitliche Wiederherstellung des zurzeit erkrankten Ministers abwarten, ehe abschließende Schritte unternommen werden.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Bredt sich zum Verbleiben in seinem Amte bestimmen läßt, und daß er dann als Fachminister dem Kabinett angehöre würde, ohne dadurch seine Partei irgendwie zu verpflichten.

Es ist auch möglich, daß der Kanzler dem Reichspräsidenten vorlag, den Staatssekretär Joel mit der Leitung zu betrauen, so daß also im Reichsjustizministerium derselbe Zustand geschaffen sein würde wie im Reichswirtschaftsministerium.

Wie weiter verlautet, haben die Verhandlungen des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei zu einer Beilegung des Konflikts zwischen dem Abgeordneten Colosser und dem Parteivorstand geführt. Colosser bleibt Mitglied der Reichstagsfraktion.

„Agrarpolitik und Preisabbau“

Eine Rundfunkrede des Reichsministers Schiele.
 Berlin, 26. November.

Minister Schiele hielt im Rundfunk einen Vortrag über „Agrarpolitik und Preisabbau“, in dem er ausführte: Der Preisabbau will verhindern, daß die notwendig gewordene Kürzung der Gehälter und Löhne die allgemeine Kaufkraft schwächt, die deutsche Agrarpolitik hat als vornehmstes Ziel die notwendige Stärkung der Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft. Dieses Ziel wird die deutsche Agrarpolitik nach wie vor mit Energie weiter verfolgen, wie sie trotz aller Versuche der Sabotage auch die Stützung der einzelnen Getreidemärkte bis zum Erfolge durchhalten wird. Die vorhandenen 30 Punkte Spanne zwischen Agrarprodukten und den übrigen Wirtschaftsgütern bedeuten, daß das organische Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen auf das schwerste gestört ist. Dieses wiederum ist eine der Hauptursachen der Arbeitslosigkeit. Ein wesentliches Mittel zur Wiederherstellung dieses Gleichgewichts ist die Zusammendrängung der Handelspannen, die in den letzten Jahren sich erheblich ausgeweitet haben.

Die deutsche Landwirtschaft verkauft für ungefähr 9 Milliarden Mark Produkte, wofür der letzte Verbraucher ungefähr 18 Milliarden Mark bezahlen muß.

Aus diesem Mißverhältnis allein ergibt sich, daß der notwendige Preisabbau bei den Lebensmitteln bei der Handelspanne einsehen mußte. Aus landwirtschaftlichen Kreisen ist befürchtet worden, das letzten Endes die Bemühungen um Senkung der Handelspanne auf Kosten der Landwirtschaft ausgetragen werden. Wenn diese Befürchtungen tatsächlich verwirklicht würden, so würden damit nicht nur die ganzen ungeheuren Mühen und Kämpfe der letzten Jahre zunichte werden, die geführt sind, um der Landwirtschaft wieder hochzuhelfen, sondern es würde auch das gesamte Reformwerk der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisbildung in Frage gestellt werden.

Für den Brotpreis, für den Schweinefleischpreis, für Kartoffeln und Milch, in letzter Zeit auch für Seefische, ist schon Erfreuliches erreicht worden.

Auf dem Gebiete von Gemüse und Obst haben die noch laufenden Verhandlungen das Ziel der Festlegung gewisser Durchschnittspreise. Der Preisabbau darf aber nicht bei den Lebensmitteln allein stehenbleiben, er muß sich auf die gesamte Lebenshaltung, vor allem auch der kleineren Haushalte, erstrecken.

Die neunprozentige Senkung der Kohlenpreise gibt den Schlüssel zu weiteren Verbilligungen, z. B. für Heizung und Beleuchtung, vor allem aber auch für den Verkehr.

Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn sind erfreulicherweise nach dieser Richtung hin nachdrücklich bemüht. Ein jeder von uns weiß, daß es sich im ganzen nicht allein um innerdeutsche Fragen handelt, sondern daß diese innerdeutschen Fragen endgültig nur zu lösen sind im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem. Aber diejenige Regierung, die Erfolge auf dem innerwirtschaftlichen Gebiete hat und die sieht, daß ihr Appell um Opfer und Mithilfe vom Volke verstanden wird, wird auch mit besonderer Kraft und mit größter innerer Sicherheit das Ringen um die endgültige Befreiung auf sich nehmen und durchzuführen in der Lage sein.

3,5 Millionen Arbeitslose

Berlin, 26. November.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das regelmäßig um diese Jahreszeit einsetzt, ist nach dem Bericht der Reichsanwalt in der ersten Hälfte des November annähernd in dem erwarteten Umfang eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist um rund 100 000 auf 1 665 159 gestiegen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme rund 124 000 betrug. In der Streifenunterstützung mit 536 613 Unterstüzten ist ein Mehr von rund 27 100 zu verzeichnen. Damit haben diese beiden Unterstützungseinstellungen zusammen eine Belastung von rund 2 200 000 erreicht. Wie erwartet, ist die Überlagerung gegenüber dem Vorjahr zum ersten Male etwas zurückgegangen; sie beläuft sich jetzt auf etwa 1 000 000 gegenüber rund 1 050 000 Anfang Oktober.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsstunden bei den Arbeitsämtern ist um mehr als 230 000 angewachsen, und es wurden am 15. November rund 3 484 000 Arbeitslose gezählt.

Braun gegen den Korridor

„Wir werden die neue Grenze niemals als berechtigt anerkennen.“
 Königsberg, 24. November.

Bei der Grundsteinlegung zum Neubau der Handelshochschule ergriff während des Festaktes in der Stadthalle der preußische Ministerpräsident Dr. Braun das Wort zu einer Rede, in der er u. a. auch auf das Korridorproblem einging. Braun erklärte:

Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten. Aber so wenig ich das an der polnischen Nation verübe Unrecht früherer Zeit gebilligt habe, ebenso wenig kann ich es billigen, daß dieses Volk sein staatliches Dasein auf einem Unrecht gegen ein anderes, das deutsche Volk, aufbaut.

Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer. Aber wie er dem neuen scheidenden Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte er Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnen werden.

ohne das Ostpreußen vom Mutterlande losgerissen, Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatsobhut gepreßt, wo sie jetzt schlimmsten Terror ausgesetzt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden.

Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen.

Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Verfrachtung Europas hindernd im Wege stehen. Gleichwohl dürfen wir uns nicht in Protesten erschöpfen, sondern müssen mit dem durch die Siegerlaune geschaffenen Zustand als Tatsache rechnen.

Mit Ungarn Handelsverhandlungen im Frühjahr

Handelsvertragsverhandlungen im Frühjahr.
 Berlin, 25. November.

Über die Befürchtungen des ungarischen Ministerpräsidenten in Berlin wird amtlich mitgeteilt:

Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten hat Gelegenheit zu eingehendem Gedankenaustausch des Reichsfinanziers und des Reichsministers des Auswärtigen mit Graf Bethlen und den Herren seiner Begleitung gegeben. Hierbei wurde die gesamte politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Deutschland- und Ungarn gemeinsam betreffenden Fragen und Interessen erörtert. In den Besprechungen wurde die volle Übereinstimmung in der Beurteilung aller dieser Fragen und mit besonderer Befriedigung das Fortbestehen der auf gemeinsamem Schicksal, auf gleichgerichteten politischen Zielen und auf enger kultureller Verbundenheit seit begründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der beiden Völkern festgestellt. Eine wichtige Rolle spielten in den Unterhaltungen zwischen den deutschen und den ungarischen Staatsmännern die wirtschaftlichen Probleme der beiden Länder im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Es wurden in allgemeinen Umrissen die verschiedenen Möglichkeiten für eine Besserung des wechselseitigen Güterauswechsels erörtert. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde verabredet, die Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages Ende Februar oder Anfang März 1931 aufzunehmen.

Bethlen über seine Berliner Reise

Einigkeit in der Außenpolitik. — Ungarns Wirtschaftswünsche.
 Budapest, 26. November.

Der von seiner Berliner Reise heimgekehrte Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte dem Mitarbeiter des ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Büros u. a.: Sowohl das Deutsche Reich als auch Ungarn sind zu einem solchen Grade der außen- und innenpolitischen Konsolidierung gelangt, daß sich ihnen die Möglichkeit eröffnet, die den alten Traditionen entsprechenden freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen und die beide Länder gleich interessierenden Fragen zu erörtern. Es handelt sich hier zunächst um die Fragen der Abrüstung und des Minderheitenrechtes. In beiden Fragen konnte eine vollkommene Harmonie sowohl hinsichtlich der Ziele als auch der Mittel festgestellt werden.

In bezug auf die wirtschaftlichen Fragen hoffe ich auf Grund des allgemeinen Verständnisses, das meinen Ausführungen von allen Faktoren entgegengebracht wurde, daß die in nächsten Jahre beginnenden Handelsvertragsverhandlungen zu einem für beide Länder befriedigenden Abschluß führen werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen müssen in zwei Richtungen ausgebaut werden. Erstens muß in erhöhtem Maße der Abfluß des ungarischen Getreides gesichert werden, zweitens muß die Ausfuhr von Lebensmitteln, namentlich von Schweinen und Schlachtvieh, ermöglicht werden.

Weiterhin erklärte der Ministerpräsident, die Periode des Reichspräsidenten von Hindenburg habe auf ihn einen nachhaltigen und tiefen Eindruck gemacht. Der Reichspräsident sei das Symbol der Kontinuität des nationalen Lebens des deutschen Volkes. Der Reichszankler gehöre zum Reichsaussenminister Dr. Curtius zu den deutschen Politikern, die in der letzten Zeit in der Achtung der Welt sehr hoch gestiegen seien. Schließlich dementierte Graf Bethlen wiederholt auf das entschiedenste die Gerüchte über die angebliche Bildung eines Revisionsbündes oder einer sonstigen Staatengruppierung.

Das Einwanderungsverbot für Amerika

Washington, 25. November

Die Ankündigung des amerikanischen Senators Reed, daß er auf der Tagung des Kongresses beantragen werde, jegliche Einwanderung in die Vereinigten Staaten mit Wirkung vom 31. Juli 1931 ab für zwei Jahre zu verbieten, wird von der republikanischen und der Arbeiterpresse durchweg begrüßt. Auch Senator Davis von Pennsylvania, bisher Arbeitsminister, erklärte, den Antrag zur Verhinderung eines weiteren Anshwellens der Arbeitslosenzahl kräftig unterstützen zu wollen. Zurzeit läßt sich noch nicht voraussetzen, ob die beiden Häuser des Kongresses dem Antrag zustimmen werden.

Deutscher Schritt gegen Polen

Erdrückendes Material über polnische Terrorakte
 Berlin, 26. November.

Der vom Auswärtigen Amt mit den Feststellungen über die brutalen Terror- und Bluttate der polnischen Aufständischen gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien betraute deutsche Generalkonsul in Katowitz, Freyberg von Orina u., ist am Dienstag in Berlin eingetroffen und hat der Reichsregierung seinen eingehenden Bericht mit umfassendem Beweismaterial unterbreitet. Daraus ist die Reichsregierung nunmehr in der Lage, auf Grund der Genfer Konvention und des Minderheitenschutzvertrages entsprechende Schritte beim Völkerverbundsrat einzuleiten.

Das Kabinett dürfte sich bereits in den nächsten Tagen mit der Vorbereitung dieses Schrittes beschäftigen und auch feststellen, ob der deutsche Schritt nicht auch noch auf einen Hinweis auf die augerhördlichen Verhältnisse an der deutsch-polnischen Grenze ausgedehnt werden soll, die geeignet erscheinen, die guten Beziehungen zweier Nachbarstaaten und damit den allgemeinen Frieden zu gefährden. Es muß weiter geprüft werden, ob die besondere Lage es nicht erforderlich macht, den Völkerverbundsrat zu einer Sonderaktion einzuberufen, damit an Ort und Stelle eine Untersuchung durch den Völkerverbund vorgenommen wird.

Das Verhalten der polnischen Behörden seit den deutschen Vorstellungen in Warschau und Katowitz scheint darauf hinzuweisen, daß man in Warschau einseht, in wie unangenehme Lage Polen durch den Vandalismus der polnischen Nationalisten gekommen ist. Von der polnischen Presse wird gemeldet, daß der Gemeindevorsteher und der polnische Schulleiter in Hohenbirten wegen der vielfachen Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung ihres Amtes enthoben seien. Ein Disziplinarverfahren gegen sie wie auch gegen den Polizeikommandanten, der Strafverleht wurde, sei eingeleitet. Für die Beschädigten habe das Wojewodschaftsamt vorläufig 3500 Zloty zur Verfügung gestellt. Die polizeilichen Ermittlungen nach den an den Terrorakten beteiligten Personen hätten bis jetzt zur Verhaftung von 13 Personen geführt, doch seien die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. In Kreisen der deutschen Minderheiten weist man aber darauf hin, daß diese nachträglichen Feststellungen den Kern der Sache und die eigentlichen Anstifter nicht treffen.

Sowohl der katowitzer Wojewode Grazynski scheint unbehelligt zu bleiben, ebenso wie das Ergebnis der Sejm- und Senatswahlen trotz der festgestellten terroristischen Wahlbeeinflussung nicht failliert.

Entschiedene Abwehr erforderlich

Die Grenzziehung im östlichen Mitteleuropa unhaltbar.

Die entsetzlichen polnischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Polen haben zu einer Großen Anfrage der Deutschen Staatspartei im Preussischen Landtag geführt, in der es u. a. heißt: Die Behinderung der polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität in der Ausübung ihres Wahlrechtes, die Terror- und Vergift-akte im ehemaligen Westpreußen, Polen und Ostoberschlesien, die sich bis zu bestialischen Rohheitsakten gegenüber Angehörigen des deutschen Volkstums gesteigert haben, zeigen, daß die durch die Grenzziehung des Versailler Diktats bedingte politische Lage im östlichen Mitteleuropa unhaltbar ist. Es wird gefragt, ob die Staatsregierung gewillt sei, auf die Reichsregierung hinzuwirken, daß der deutsche Gesandte in Warschau unverzüglich beauftragt wird, von der polnischen Regierung mit allem Ernst und Nachdruck die Sicherung des Lebens, Eigentums und der Meinungsfreiheit der deutschen Bevölkerung in Polen sowie Schadensersatz für die zugefügte Unbill zu verlangen. Ferner wird um Auskunft erlucht, ob die preussische Staatsregierung auf die Reichsregierung einwirken wolle, daß der Generalsekretariat des Völkerverbundes unverzüglich eine Denkschrift über die Vorgänge der letzten Wochen in Polen vorlege und diese bei der nächsten Tagung des Völkerverbundesrat in einer den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkstums in Polen entsprechenden Weise behandelt wird.

Blutwahlen in Ost-Oberschlesien

Sechs Todesopfer. — Starke Stimmen- und Mandatsverluste der Deutschen.
 Katowitz, 25. November.

Die Wahlen zum Warschauer Senat und zum schlesischen Sejm am letzten Sonntag sind unter noch blutigerem Wahlterror und furchtbarerem Bestialitäten des polnischen Aufständischenverbandes vor sich gegangen als bei den Sejmwahlen vor acht Tagen. Sechs Tote bezogen vor aller Welt die polnische Bluttat und das Wüten der polnischen Blutwunde, die unter Führung des polnischen Aufständischenverbandes und unter Duldung des katowitzer Wojewoden Grazynski die Deutschen von der Wahl ausblenden mußten. Daß diese behördlich geduldeten Gewalttaten gegen die deutsche Wählerklasse in dem Wahlergebnis nicht ohne Auswirkung bleiben konnte, hat sich schon bei den Sejmwahlen gezeigt. Die Deutschen haben denn auch seit dem Mai d. J. einen Stimmenverlust von über 108 000 zu verzeichnen und vermoderten insgesamt nur 68 586 Stimmen in Ostoberschlesien aufzubringen. Von ihren bisherigen 15 Mandaten konnten sie lediglich 7 behaupten. Im einzelnen stellt sich das Wahlergebnis vom Sonntag wie folgt:

Von den 454 392 Wahlberechtigten haben bei den Sejmwahlen 409 435 abgestimmt. Von den 360 589 gültigen Stimmen entfielen auf die Korfantijsche 136 791 Stimmen, auf die Regierungspartei 135 229 Stimmen, auf die deutsche Wahlgemeinschaft 68 586, auf die Sozialisten 15 704 und auf die Kommunisten 4279 Stimmen. Die Korfantijsche Partei stellt demnach im Senat aus der Wojewodschaft Schlesien zwei Abgeordnete gegen bisher einen, während die Regierungspartei ihren zweiten Sitz verloren hat und ebenso wie die deutsche Wahlgemeinschaft, die sich behaupten konnte, nur mit einem Abgeordneten im Senat vertreten sein wird.

Die Mandate verteilen sich zum schlesischen Sejm wie folgt:

Regierungspartei	19 Mandate (10)
Korfantijsche Partei	19 " (16)
Deutsche Wahlliste	7 " (18)
Sozialisten	3 " (8)
Kommunisten	0 " (2)

Schönheits. In der letzten Zeit mehren sich allerorten die Fälle, in denen fremde Staatsangehörige mit Hilfe von Personalpapieren Reichsdeutscher sich auf Arbeit und Arbeit machen und auch Beschäftigung finden. Am Dienstag wurde auf anderem Wege wieder ein polnischer Staatsangehöriger festgenommen, dessen Ausweispapier auf einen fremden, deutschen Namen lautete. Die Polizei nahm den Dürchen fest und lieferte ihn in das Amtsgerichtsgefängnis in Dransburg ein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Festgenommene alle Ursache hat, fremde Personalpapiere zu führen und von anderen Verurteilten gefast wird.

Amtsbezirk hohen Neuendorf

Die Reinigung der Schornsteine erfolgt in unserer Gemeinde in der Zeit vom 26. November bis zum 15. Dezember.

Zur Rattenvergiftung vom 29. November bis 1. Dezember macht der Herr Amtsvorsteher Dr. Woyt bekannt, daß auch der amtliche Verkleinerer von Rattengiftmaßnahmen durchführt. Nach dem ersten Rattengiftversuchen sind bekanntlich die Eigentümer und Eigentümerinnen von Haus- und Gartengrundstücken, Bauhöfen, Lager- und Schuppenanlagen und sonstigen Anlagen sowie die Stellvertreter dieser Personen verpflichtet, bis spätestens zum 29. November 1930, 14 Uhr (2 Uhr nachmittags), wirksame Maßnahmen zur Rattenvergiftung durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob sich auf den Grundstücken Ratten gezeigt haben oder nicht. Es sind Vergiftungsmittel an geeigneten Stellen in Kellern, Schuppen, Mägen, Abfall- und Dunggruben, alten Mauerwerk und ähnlichen Bauwerkteilen auszulagern. Den außerhalb des Amtsbezirks wohnenden Garten-Grundbesitzern und -Besitzern müssen alle Vergiftungsmittel noch bis Sonntag, den 30. November um 14 Uhr, auszulagern. Wer die Anordnung nicht befolgt, hat Bestrafung zu gewärtigen.

Wechsel in den Kommissionen. Die bekanntgemachten ist, hat Herr Stadtrat Dr. A. D. Schulz sein Amt als Mitglied des Wohnungsausschusses (Stadtrat der vierten) niedergelegt. Weiter hat Herr Kaufmann Schmidt sein Amt als Mitglied der Rechnungs-Prüfungs-Kommission zur Verfügung gestellt. Ueber die Nachrückenden ist bisher noch nichts bekannt.

Aufführungsabend. Die Mitglieder des Arbeitervereins für Geburtenregulierung hielten am Montag im Restaurant Dagle einen Vortrag über: "Geburtsorgane, normale Geburt und Geburtshilfsmittel". Im ersten Teil seiner Ausführungen zeigte der Referent, daß es aus volkswirtschaftlichen, sozialpolitischen und kulturellen Gründen eine Notwendigkeit sei, den § 218 zum Zwecke einer geordneten Geburtenregelung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Der zweite Teil des Vortrages, der u. a. auffällige Betrachtungen über die Geburtenregulierung brachte, wurde durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt.

Einen erfreulichen Erfolg hatte die am Montag veranstaltete Sammlung des Kameradschaftlichen Kriegervereins zu verzeichnen. Dem Volksbund für Kriegserwerbsfähige konnte der Betrag von 190 Mark überreicht werden.

Berliner Tageschronik

Anzeigen gegen Direktoren der Deutschen Bank.

Die Berliner Justizpressestelle meldet: Bei der Staatsanwaltschaft in Berlin sind bisher zwei Anzeigen gegen Direktoren der Deutschen Bank wegen Steuer- und Zollvergehen eingegangen. Beide Anzeigen sind auf Grund der Paragraphen 386/389 der Reichsabgabenordnung an die Finanz- bzw. Zollbehörde abgegeben worden und werden zurzeit beim Landesfinanzamt für Berlin und Brandenburg bearbeitet. Zu dieser Mitteilung erklärt die Deutsche Bank und Distriktozengesellschaft, daß sie die in der Presse gegen einzelne Mitglieder ihrer Verwaltung erhobenen Angriffe selbstverständlich zum Gegenstand eigener Untersuchung gemacht hat, daß sie aber angeht der bei den zuständigen Behörden schwebenden Ermittlungen zu der Angelegenheit in der Öffentlichkeit keine Stellung nehmen zu sollen glaubt. Sie unternimmt auch nichts und habe nichts unternommen, um Veröffentlichungen in Zeitungen oder deren Verbreitung zu verhindern.

Racheakt eines Verhörmästlers.

Der 26jährige Maler Karl Bogas aus Ernter rächte sich in einer grauenvollen Weise wegen verächtlicher Liebe an der 24 Jahre alten Arbeiterin Johanna Lehmann, mit der er seit längerer Zeit Beziehungen unterhalten hatte. Als die Lehmann von ihm nicht mehr wissen wollte, lauerte er dem Mädchen vor dem Gutshof in Hangelberg bei Ernter, wo es beschäftigt war, auf und schlug die Ahnungslose mit einer Axt nieder. Er stach nach der Tat, wurde aber bald von den ihn verfolgenden Polizeireisenden im Walde an der Ländchen gestellt. Er sprang nun in das Wasser und wollte durch Erreichung des anderen Ufers sich der Gefangennahme entziehen. Er konnte aber festgenommen und ins Gefängnis nach Frankfurt (Oder) abgeführt werden.

Ueberfallkommando auf der Fürbergstraße.

Im Rathaus Charlottenburg mußte das Ueberfallkommando in Aktion treten, um einen rabiaten Unterfühlungsangriff festzunehmen. Der wohnungslose Former Alfons Dierzbach war über die Abholung seines Gehaltes im Weiterzahlung der Unterfühlung derart in Wut geraten, daß er den Beamten der Fürbergstraße bedrohte, Fenster-scheiben zertrümmerte und die Einrichtung des Zimmers zerstückte. Das herbeigerufene Ueberfallkommando führte den Wüterich in das zuständige Polizeirevier ab.

Zwei Raubüberfälle am Tegeler Wald.

Am Tegeler Wald, der in der letzten Zeit häufig der Schauplatz gemaltätiger Ueberfälle gewesen ist, wurden wiederum zwei Raubüberfälle auf Frauen verübt. Die Hausdientlerin eines Försters wurde plötzlich, als sie sich, vom Einfuhr kommend, auf dem sogenannten Försterweg im Jagd 77 befand, von einem ungefähr 20jährigen Burken angefallen und zu Boden gerissen. Der Räuber schlug sie wild auf das Mädchen ein und entriß ihr, als sie sich kräftig zur Wehr setzte, den Hut und die Handtasche. Daraufhin suchte er das Weite. Etwa drei Stunden später ereignete sich in Tegeler ein zweiter Ueberfall, der höchstwahrscheinlich von demselben Täter verübt wurde. Hier erhielt eine Frau, die an der Straßenbahnhaltestelle stand, plötzlich von hinten einen heftigen Stoß auf den Kopf und im selben Augenblick entriß ihr ein Mann die Handtasche mit 65 Mark Inhalt.

Frenzel-Prozess. Im Potsdamer Prozess gegen den Amtsvorsteher Frenzel wandten sich am Dienstag die Sachverständigen Sanitätsrat Leppmann und Sanitätsrat Marcule gegen das Gutachten von Dr. Waczej, in dem dieser Gertrud Frenzel als voll glaubwürdig bezeichnete. Als letzter Sachverständiger sprach Dr. Waczej, der erklärte, Gertrud Frenzel habe sich kaum in Widersprüche verwickelt und müsse als wahrheitsliebend bezeichnet werden. Mit Bestimmtheit könne man jedoch nicht sagen, ob sie bei den Vorwürfen gegen ihren Vater die Wahrheit gesagt habe. Die Beweisaufnahme wurde sodann geschlossen. Das Urteil wird noch in dieser Woche gefällt werden.

Aus der Mark.

Dransburg. In der 100. Monatsversammlung der Heimatlichen Vereinigung mit der Vorsitzenden, Frau Max Wehberg, wurde einmal auf die wichtigsten Aufgaben der Vereinigung: Bekämpfung des Heimatstundes sowie Veranstaltung und Ausgestaltung des Heimatmuseums hin. Dann liefen drei Filme über die Heimatsache. Der erste Film der der Nachbarort Birkenwerder zeigte, gab Herr Amts- und Gemeindevorsteher Blank die notwendigen Erläuterungen. Der zweite Film stellte eine reiche Sammlung von Naturstudien dar und beschäftigte sich mit dem Leben und Treiben des Kampfläufers, eines durch die Relation unterer Moore immer mehr verschwindenden ganz charakteristischen Vogels. Der letzte Film zeigte dann die Elbe von der Quelle bis zur Mündung.

Redaktion, Dr. C. und Verlag: Friedrich Pöhl, Birkenwerder.
— Mit einer Beilage —

Für die vielen Beweise der Liebe und Verehrung, die unserem teuren Entschlafenen auf seinem letzten Gange erwiesen wurden, sagen wir allen, insbesondere Herrn Pfarrer Nicolaus, unsern herzlichsten Dank.

Familie Otto Kammlowsky
Birkenwerder, 26. November 1930.
Ahorn-Allee 46.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen, insbesondere dem Gesangsverein „Harmonie“, unsern herzlichsten Dank.

Willi Hönicke und Frau
Anna geb. Erdmann.
Birkenwerder, 26. November 1930.

Birkenwerder Ballspiel-Club 08 E. V.
Sonabend, den 29. November
22. Stiftungsfest
im Restaurant „Waldschlößchen“.
Eintritt 65 Pfennig, Anfang 8 Uhr.

Tanzschule Birkenwerder

Am Montag, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr, beginnt im Restaurant „Boddensee“ ein Kursus in Tanz- und Anstandslehre. Moderne Tänze, Rundtänze. Honorar mäßig; Teilzahlung gestattet. Unterrichtszeit 4 Monate. — Anmeldung im Lokal und am 1. Kursusabend. Um Zuspruch bitten.
W. Raifschneider, Lehrer der Tanzkunst, Berlin-Tegel, Hermsdorfer Str. 12.

Grundbesitzer-Verein Birkenwerder

Voranzeige!
Am Sonabend, dem 6. Dezember, abends 8 Uhr, findet aus Anlaß des 25jährigen Bestehens eine **Fest-Veranstaltung** im Rest. „Seeschlößchen“ statt.
Der Vorstand und Festausschuß.

Zwangsversteigerung.
Am Donnerstag, dem 27. November 1930, vormittags 11 Uhr, werde ich in Bergfelde, in der Pfandkammer beim Gehwirt Reinhardt, folgende 1 Radiosapparat, 1 Singsprecher, 1 Uhr öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.
Roth, Obergerichtsvollzieher in Dransburg.

Übler Mundgeruch

wird ablosend. Süßlich gefärbte Zähne entstellen das schöne Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch ein einziges Pulver mit der herrlich erquickenden **Zahnpaste Chlorodont** beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Glanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens formulierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit geübtem Vorsicht. Kaum ein Pulver in den Zahnräumen entfernt alle Ueberreste des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf. Verlangen Sie aber edel Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Familien-Restaurant Fromm
Birkenwerder, Havelstraße
Label zu dem am **Sonabend, dem 29. November 1930**, stattfindenden **Schlachtefest**
Bekannte, Freunde und Gönner herzlich ein.
Paul Fromm.

Umfrage.

Vielen Anregungen aus meinem Kundenkreis folgend, beabsichtige ich, in Kürze eine Wählerrolle anzufertigen. Ich möchte es meiner werten Kundenschaft überlassen, zu entscheiden, ob sie das unentgeltliche Rollen auf einer Rolle mit Handantrieb dem Rollen auf einer elektrischen gegen Entgelt vorzieht. Ich erbitte schnellstens Ihre Entscheidung.
H. Smilowski, Birkenwerder.

GROSSES TAGES- SCHAUSPIEL- HAUS
Im **weißen Rosal**
Singspiel in vielen Bildern.
Cam. Spira, Hansen, Lieske, Wallburg, Arno, Jankuhn, Paul-Wöringer, Lenz, Schaffers, Winkelstein, Röll, Deent, Stark-Gesteltnbauer.
Gesamtleitung: Musik, Leitung Prof. Stern. Nauke.
Sonntag 3 Uhr Originalbesatz nachm. 3 Uhr Billige Preise.
Regie: Erik Charell

Pelze die große Mode

Ganz erstklassige Qualitäten
und doch **enorm billig!**

Reparaturen u. Umarbeitungen nach neuesten Modellen! Nur vom Fachm. u. Kürschnermstr.
Bartlitz, Berlin
14a Elsasser Str. 14a
Telefon D 2 Weidendamm 7985

Ein **Geschenk fürs Leben** ..
aus der Hand des Meisters direkt in Ihre Wohnung:

Heine-Schlafzimmer
Berliner Spezial-Großfabrik. 6000 qm. Geogr. 1910.



Wir verkaufen nur eigene Erzeugnisse zu Engrospreisen direkt an Private ohne jeden Zwischenhandel frei Haus Groß-Berlin. — Langjährige Fabrikgarantie — Ständige große Ausstellung. — Ca. 40 verschiedene Muster. — Nur echte Edelholzer.

HUGO HEINE, Möbelfabrik, Propellerwerk
HUGO HEINE BERLIN 34
Warschauer Str. 58
direkt an der Stadtbahn u. Hochbahn Warschauer Brücke in Richtung Frankfurt a. Allee. Fabrikgebäude, II. Hof (kein Laden)
Tel.: Sammel-Nr. E 8, Andreas 8951
Verkaufszeit: 9-19 Uhr, auch Sonntags.
Bequeme Zahlungsweise!

Wer inseriert, nie Geld verliert

Kammerlichtspiele Birkenwerder
Freitag bis Sonntag, abends 8 Uhr:
2 Lustspielschlagler
Colleen Moore in „Die keusche Sünderin“
„Hoheit inkognito“ mit Constance Talmadge
Uta-Weche — Kulturfilm
Dienstag: Familienvorstellung. Eintritt 50 Pf.

Oranienburg / Havelstr. 33

Achtung!
Berlin nur
Invalidenstr. 139
altbekannt — reell — billig — gut
MÖBEL-GOTTLIEB

OFEN HERDE

Badeöfen
Badewannen
nur bei der alten
SEMMLER & BLEYBERG
BERLIN 53a DRESDENERSTR. 95-100

Möbel
alterbilligst
alles in größter Auswahl
Besuch unbed. Johnnes
Möbel- Windhorst
Brunnenstraße 167

Große Preissenkung
meiner bekannt guten
Möbel

Beispiele:
Schlafzimmer 450.-, Speisez. 550.-
Herrenz. 435.-, Küchen mit Anr. 135.-
Gr. Schränke 105.-, Standuhren 120.-
Sofas 120.-, Ruhebetten 45.-
Ausziehtische 55.-, Rindl. Stühle 19.50
Stühle m. Rohrs. 7.50, Met.-Bettst. 28.-
Nuß.-Bettst. 65.-, Spiralmatr. 12.-
Auflege-Matratzen dreiteilig 22.-

Möbelhaus Robert Schulz
Gegr. 1898.
Hohen Neuendorf, Schönfließler Str. 78
Lieferung d. eig. Auto überallhin frei

Die Mart im Breußen-Etat

In dem jetzt dem Preussischen Staatsrat zur Begutachtung zugelassenen preussischen Haushaltsplan für 1931 sind für die Mart Brandenburg folgende Anforderungen enthalten: Der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums sieht für Ergänzungseinrichtungen auf dem Versuchsgut Bornim 86 000 Mart, desgleichen für das Versuchsgut Oldenburg des landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsinstituts in Landsberg a. W. 20 200 Mart vor. Für die Kosten der Bauabteilung zur Befestigung der Ueberflutungsgefahr und zu Entwässerungsmaßnahmen in der Warthe- und Neheimeriederung im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. werden 20 000 Mart, für die Kosten der Bauabteilung zur Regulierung der Wasserverhältnisse im Gebiet der Alten und Neuen Dosse und Säglin, sowie am Rhinakanal im Regierungsbezirk Potsdam 24 300 Mart als fünfter Teilbetrag angefordert. 15 000 Mart sind als vierter Teilbetrag für die Untersuchungen über die Abflussverhältnisse, insbesondere den Umfang des Drängewassers im Ober- und Niederoberrhein 15 000 Mart eingelegt. Als vierter Teilbetrag für den Neubau von vier Filteranlagen im Schwedt-Niederträniger Damm werden 153 000 Mart eingelegt. Für die Kosten der Kulturbauabteilung in Wittenberge für die abschließenden Arbeiten zur Haveldekanalisierung sind 10 000 Mart als zweiter Teilbetrag angefordert. 19 000 Mart sind für den Neubau einer Straßenbrücke über die Spree bei Briestitz als erster Teilbetrag eingelegt.

Der Haushalt des Wobfahrtsministeriums fordert 350 000 Mart als Unterhaltungszuschuß für das Potsdamer Große Waisenhaus an.

Am Haushalt des Kultusministeriums sind als Zuschuß zu den Kosten der Beteiligung des Aeronautischen Observatoriums bei Lindenberg (Mart) am Wetterdienst, insbesondere am Höhen- und Flugwetterdienst, 30 000 Mart eingelegt. Für den Erweiterungsbau und die Einrichtung einer Sammelheizung im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Cottbus werden 81 000 Mart für den Um- und Erweiterungsbau der Pädagogischen Akademie als zweiter und letzter Teilbetrag 873 000 Mart angefordert. Für den Neubau der Pädagogischen Akademie in Frankfurt a. O. sind ebenfalls als zweiter und letzter Teilbetrag 855 000 Mart vorgezogen. Die Erneuerung der Schulgeräte am Gymnasium in Küstrin ist mit 18 000 Mart eingelegt.

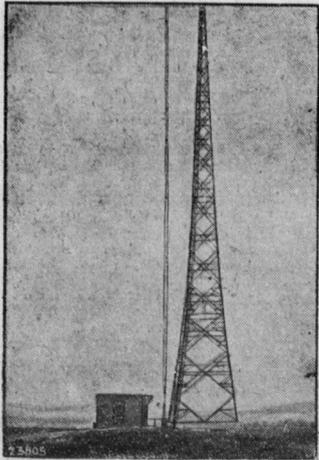
Am Haushalt des Justizministeriums werden für den Neubau der Strafanstalt Brandenburg als sechster Teilbetrag 1 644 000 Mart angefordert. Für das Zentralgefängnis Cottbus werden 60 500 Mart für bauliche Maßnahmen eingelegt. 207 000 Mart werden als dritter Teilbetrag für den Erweiterungsbau des Land- und Amtsgerichts in Frankfurt a. O. für Erweiterungsbau des Amtsgerichts Dramenburg 73 000 Mart vorgezogen.

Mecklenburg-Strelitz will zu Preußen

Neustrelitz, 24. November.

Die Vorlage des Staatsministeriums an den Landtag betreffs des geplanten Anschlusses von Mecklenburg-Strelitz an Preußen wird von der Landeszeitung für beide Mecklenburg bekanntgegeben. Der dem Landtag noch vorzuliegende Staatsvertrag sieht in seinen Hauptpunkten vor, daß das Gebiet des Freistaates Mecklenburg-Strelitz mit Wirkung vom 1. April 1931 mit Preußen vereinigt wird.

Das Land Stargard und das Land Rügenburg werden den benachbarten preussischen Provinzen zugeeignet. In Neustrelitz wird für eine bestimmte Reihe von Jahren ein Regierungspräsidium errichtet. Die drei Mecklenburg-Strelitzischen Ämter werden als preussische Kreise übernommen. Das Land Preußen wird Gesamtrechtsnachfolgerin des Landes Mecklenburg-Strelitz, dessen Staatsvermögen mit allen Lasten und Verpflichtungen auf Preußen übergeht. Die Mecklenburg-Strelitzischen Staatsbeamten werden unter Wahrung ihres Dienst- und Pensionsdienstalters als preussische unmittelbare Staatsbeamte übernommen. Die lutherische Landeskirche von Mecklenburg-Strelitz bleibt erhalten. Das Land Preußen übernimmt ferner das Landgericht und die Amtsgerichte. Die höheren Schulen werden als preussische Staatsanstalten übernommen und aufrecht erhalten. Die bisher vom Staat Mecklenburg-Strelitz unterhaltenen Chauffe übernehmen die Anschlussprovinzen. Das Landestheater übernimmt die Stadt Neustrelitz, das Landeskrankenhaus sowie die Landesheilanstalt die Anschlussprovinz. Ein noch zu bildender Gemeinde-Zweckverband erhält für sich und seine Pächter für zehn Jahre Freiheit von der Grundvermögenssteuer. Entlassungen von Angestellten nur wegen des Anschlusses finden nicht statt.



Der erste deutsche Groß-Sender in Betrieb.

In der Nähe von Mühlacker zwischen Stuttgart und Karlsruhe ist der erste deutsche Groß-Rundfunksender errichtet worden, der jetzt in Betrieb genommen wurde. Unser Bild zeigt den Antennenmast des ersten deutschen Groß-Senders in Mühlacker.



Interessante Neubauten in der Vatikanstadt.

Auf unserem Bild sieht man die Vatikanische Grenze, an der man eine Umfassungsmauer gebaut hat und ein großes eisernes Tor, das nur bei der Einfahrt der Eisenbahnzüge geöffnet werden wird.

Das Geheimnis um „Do X“

Dornier und Flugleitung hassen sich in Schweigen.

Die verschiedensten Meldungen und Erörterungen über den „Do X“ in der in- und ausländischen Presse kommen fast übereinstimmend zu dem Schluß, daß ein Transoceanflug, wie er ursprünglich im Anschluß an seine Propaganda-besuche in den westeuropäischen Häfen geplant war, nicht mehr in Frage kommt. Es scheinen sich bei diesen Belustigungen, die regelmäßig stets nur über verhältnismäßig kurze Strecken führten, verschiedene Mängel gezeigt zu haben, die es den verantwortlichen Personen nicht raten erscheinen lassen, den Flug über den Ozean ohne Hebung dieser Mängel anzutreten. Hadas gibt ein Gerücht aus Santander wieder, wonach das Flugloft wegen des durch den Aufenthalt in den europäischen Gewässern verursachten Zeitverlustes nicht nach Amerika fliegen, sondern nur die Karibische Inseln und die Azoren anlaufen und dann über Lisabon nach seinem Heimathafen zurückkehren werde. Die Mitglieder der Befahrung haben es bisher abgelehnt, den Journalisten, die sie hierüber befragten, irgendwelche Erklärungen abzugeben. Nach einer bei der Marinepräsektur des Hafens El Ferrol eingetroffenen Depesche soll „Do X“ beabsichtigen, auch diesen Hafen anzulassen.

In Deutschland werden diese Mitteilungen allgemein große Enttäuschung auslösen, nachdem die vorherigen Ankündigungen der Dornier-Werke kaum einen Zweifel darüber aufkommen lassen konnten, daß, wenn ein Flugzeug für den Ozeanflug geeignet erscheine, es der „Do X“ wäre. Bevor nicht authentische Erklärungen der Dornier-Werke vorliegen, wird man sich mit einem Urteil zurückhalten. Eine Aufklärung allerdings sollte umgehend gegeben werden. Ist es richtig, was der „Vorwärts“ andeutet: Die Firma Dornier habe vor schnell den Ozeanflug eingestellt, weil die amerikanische Motorenfirma, mit deren Motoren der „Do X“ befreundlicher Weise ausgerüstet ist, diese Motoren kostenfrei zur Verfügung gestellt habe unter der Bedingung, daß der jetzt eingeleitete Flug nach Amerika auf alle Fälle durchgeführt wird! Angeblich hätten die zuerst vermeldeten luftgekühlten deutschen Siemens-Motore verlagert — die mehrfachen Motorenstörungen während des jetzigen Propagandafuges zeigen, daß die amerikanischen Motoren auch nicht einwandfrei arbeiten. Man wird den Verdacht jedenfalls nicht los, daß die Amerikaner eine billige Reklame für sich herausholen wollten auf Kosten des deutschen Namens. Wie dem auch sein mag, der Glanz des „Do X“ hat durch die mehrfachen unprogrammatischen Zwischenlandungen und unerwünscht langen Aufenthalt in den einzelnen Häfen erheblich gelitten. Weniger Lärm vorher wäre mehr gewesen.



Ein bayerisches Madl will um die Welt fliegen.

Die bayerische Fliegerin Christlmarie Schultes beabsichtigt in Kürze einen Flug um die Welt. Sie wird zunächst über Konstantinopel, Angora und Kalkutta nach Tokio fliegen, von dort zu Schiff nach San Francisco weiterreisen, um ihre Reise mit dem Flugzeug nach Newport fortzusetzen.

Aus dem Gerichtssaal

Ein Urteil gegen Weissenberg. In einer Privatbeleidigungssache des Heilmagneiters Josef Weissenberg in Berlin wurde der verlagte Redakteur Preuß auf Kosten des Privatklägers freigesprochen, da der angeklagte Wahrheitsbeweis vom Gericht als geführt angesehen wurde. Weissenberg hatte den Schriftsteller Preuß verlagert, der ihn in der von ihm herausgegebenen „Zeitschrift gegen das Kurpfuschertum“ als gemeingefährlich und sein Treiben als schwindelhaft bezeichnet hatte.

Kofales.

Das Herz der Jugend

Jede Körperperipherie vermittelt Wachstumsreize, sowohl für die beteiligten Muskeln, als auch für das Herz. Diese Reize sind besonders wirksam beim jugendlichen Herzen. Deshalb ist, wie der Berliner Arzt Dr. Franzmeier schreibt, auch bei jugendlichen Personen nach richtig dosierten Weibebübungen die Gemütszunahme des Herzmuskels, die ja normalerweise den Maßstab für sein Arbeitsvermögen bilden kann, wesentlich größer als bei älteren. Zunahme von Herz- und Skelettmuskulatur gehen jedoch nicht immer parallel. Der Käufer z. B. schafft durch seinen Sport feinesweise die Muskelmasse der Beine — er bekommt vielmehr schmale, lehnig veränderte Muskeln — der Herzmuskel aber erfährt eine erhebliche Vergrößerung; es bildet sich dadurch ein großes höchstleistungsfähiges Sport Herz. Bei kurzer Beanspruchung kann das Herz den Körperzellen genügend Blut liefern, indem es seine Schlagzahl vermehrt. Seine Größe wird dabei nicht verändert; die Fasern des Herzmuskels werden nicht gedehnt, und ein Mehrverbrauch an Energie tritt nicht ein. Anders bei Dauerleistungen. Zunächst erfolgt auch hier eine Herzhäufung. Sie allein schafft nicht genug Blut zu den Körperzellen. Die jedesmalige Blutmenge beim Schläge des Herzens muß deshalb vermehrt werden. Nahrungsbedarf des Herzens und Nahrungszufuhr dahin steigen an; vermehrtes Wachstum, also Herzvergrößerung ist die Folge. Begrenzung körperlicher Leistungen, besonders in Bezug auf Dauerübungen, ist für die Jugendlichen ein unbedingtes Erfordernis, soll nicht eine bleibende Schädigung des Herzens die Folge sein. Es ist keineswegs selten, daß junge Menschen mit noch machendem Herzen ihre Kräfte überhäufen und die Folgen der Ueberdehnung des Herzmuskels nicht kennen, bezw. nicht beachten und Höchstleistungen erstreben, zu denen sie noch nicht befähigt sind. Deshalb ist ein Hinweis darauf und eine Belehrung über diese Dinge unbedingtes Erfordernis. Sportärztliche Unterweisung stellt leicht das wachsende Herz fest. Wer noch ein solches „Tropfenherz“ hat, kommt für schwere Wettkämpfe, besonders über lange Strecken, einfach nicht in Frage. Statt dessen ist Wert zu legen auf regelmäßiges Leben, auf systematischen Aufbau und ganz allmählich Steigerung. Ausgesprochene Kraft- und Dauerübungen müssen wegen der Unzulänglichkeit des wachsenden Herzens für Kinder und Jugendliche fortfallen. Zufällige Formvermehrungen und völliges Versagen bei jugendlichen Personen finden meist ihre natürliche Erklärung in dem Vorhandensein eines wachsenden Herzens, das bis dahin überleben war.

Das Wirtschaftsgeld

Es ist eine heikle Sache, wenn man auf das Wirtschaftsgeld zu sprechen kommt. Denn, seien wir einmal ehrlich, die Frage des Wirtschaftsgeldes ist in vielen Familien der Ausgangspunkt für Mißstimmungen, Meinungsverschiedenheiten und Differenzen. Es ist leider nicht immer so, daß das Wirtschaftsgeld nach Einkommen und Lebensverhältnis bemessen wird. Man sollte meinen, diese Frage richtet sich selbständig und individuell nach dem verfügbaren Wochen- und Monatskapital. Leider kommt es vor, daß der Mann Passionen hat, die auf Kosten des Wirtschaftsgeldes gehen, wie es auch nicht selten ist, daß manche Frauen mit ihrem Gelde nicht haushalten verstehen. Aber das sind schließlich Dinge, die schon immer und zu allen Zeiten vorgekommen sind. Die Wirtschaftsgeldfrage erscheint aber heute noch in einem anderen Licht. Nämlich da, wo die Männer erwerbslos sind, oder nicht die Möglichkeit haben, der Hausfrau das Wirtschaftsgeld wöchentlich oder monatlich zuzuleiten. Es ist unter diesen Umständen für die Frau nicht immer leicht, zu wirtschaften. Sie erhält ihr Geld vielleicht drei und fünf Mart weise und wendet dagegen ein, daß sie dabei viel schlechter fährt, weil man alles, was für den Lebensunterhalt notwendig ist, in kleinen Quantitäten kaufen und dementsprechend höher bezahlen muß. Aber es gibt auch umgekehrte Fälle. Viele Männer, die wirklich in der Lage sind das Wirtschaftsgeld auf ein Brett zu zahlen, machen die Beobachtung, daß zwar in den ersten Tagen die Naturalien in Hülle und Fülle vorhanden sind, daß gut gegessen und getrunken wird und es mit den sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs alles am Schnürchen geht. Dafür ist die Börse aber schon wieder in einigen Tagen leer und es hat sich herausgestellt, die Frau hat sich verausgabt. Wenn man nun aber die ganzen Schattenseiten der Wirtschaftsgeldfrage beleuchtet hat, dann soll man auch raten, wie man ihnen steuern kann. Es ist bestimmt nur ein primitives Mittel, das man in früheren Zeiten auch schon kannte, das sich aber immer noch bewährt. Ein kleines Wirtschaftsbuch, in dem man alle Ausgaben aufschreibt, legt täglich darüber Rechenschaft ab, was einem noch verblieben ist und wie man diese Summe auf sonderbare Tage umlegen darf. Man weiß dann ganz genau, daß der Etat nicht überschritten werden darf, will man in den letzten Tagen nicht Schmalzens Küchenmeister haben. Die Etatsfrage ist doch nun überall das Wichtigste — das ist im Kleinen genau so, wie im Großen!

Schafft ein Deutsches Spielwaren-Museum!

Bekanntlich marschiert Deutschland mit seiner Spielwarenproduktion an der Spitze aller Spielwaren erzeugenden Länder. Deutsches Spielzeug ist in allen europäischen Ländern und darüber hinaus wohl in allen Erdteilen der Welt anzutreffen. Deutsche Spielwaren sind geschätzt, nicht nur wegen ihrer künstlerischen Aufmachung, sondern auch wegen ihrer Zweckmäßigkeit und ihres kulturhistorischen Wertes. Die deutsche Spielwarenindustrie hat sich in den letzten Jahrzehnten vollständig umgestellt und Spielwaren auf den Markt gebracht, die dem spielenden Kind gleichzeitig Anschauungsunterricht erteilen und zu schöpferischer Betätigung anregt. Trotzdem ist es bisher noch nicht gelungen, eine Sammelstelle für deutsche Spielwaren zu schaffen, die die bedeutungsvolle kulturelle Entwicklung des deutschen Spielzeugs vor Augen führt. In Nürnberg, einem Hauptort der deutschen Spielwarenindustrie, ist deshalb der Gedanke erwogen worden, wenigstens aus der Gedanke eine Spielwarensammlung aufzubauen, die eventuell die Grundlage für ein späteres allgemeines Deutsches Spielwarenmuseum sein würde. Kleinere Sammlungen älteren Spielzeugs sind bisher nur vorhanden im Germanischen Museum und in der Landesgewerbeanstalt Nürnberg.

Aus der Welt.

Berpendenzleiste. Im Preussischen Landtag ist folgende kleine Anfrage des Abgeordneten Frigjose Bormalek (Deutschnationale Volkspartei) eingegangen: „Schon im Dezember 1929 ist der Landrat des Kreises Niederbarnim, Herr Schlemminger, auf Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung des Gemeindevorstandes von Berpendenzleiste (Kreis Niederbarnim) aufmerksam gemacht worden. Zu einer eingehenden Untersuchung soll den genannten Landrat nicht einmal der Umfang veranlaßt haben, daß gegen den Gemeindevorstand von Berpendenzleiste wegen Verfehlungen im Amt Klage bei der Staatsanwaltschaft erhoben worden ist. Neben der verhältnismäßig hohen Verschuldung der erwähnten Gemeinde soll eine sehr erhebliche Steuerverschuldung ohne Rücksicht der Gemeindevorstellung verurteilt worden sein. Ich frage das Staatsministerium: 1. Wie hoch ist die Gesamtverschuldung der Gemeinde Berpendenzleiste? 2. Trifft es zu, daß die Verschuldung ohne Genehmigung der Gemeindevorstellung erhöht wurde, gegebenenfalls um welchen Betrag? 3. Hat der Landrat des Kreises Niederbarnim seiner Aufsichtspflicht genügt? 4. Wenn nein, was ist gegen ihn veranlaßt worden? Berlin, den 14. November 1930.“

Schwed (Ober). Gnabengehuch für Gutmann. Aus untrüben Kreisen wird bekannt, daß der Verteidiger des wegen Mordes an seiner zweiten Ehefrau zum Tode verurteilten Zahnarztes Dr. Gutmann aus Schwed nunmehr, nachdem das Reichsgericht die gegen das Urteil eingeleitete Revision verworfen hat, ein Gnabengehuch für Dr. Gutmann eingereicht hat, und zwar gehen seine Bemühungen dahin, daß in dem zu erwartenden Falle der Umwandlung der Strafe in lebenslängliches Zuchthaus das Strafmaß auch auf eine bestimmte Reihe von Jahren (1) begrenzt wird. Wieder stütze sich der Verteidiger auf die schon vom Reichsgericht als unbegründet erklärte Einwendung, das Schurgenrecht hätte bei seinem Urteil den Begriff der Ueberlegung bei der Ausführung der Tat durch Gutmann zu Unrecht angenommen.

Mittelnberge. Glänzliche Gewinner. Der Hauptgewinn der 2. Klasse der Preuss.-Süddeutschen Klassenlotterie in Höhe von 100 000 Mark ist auf das Los 194 449 entfallen, das in Wittenerge gespielt wird. Die Gewinner — das Los wurde in Aktien geteilt — sind durchweg Leute aus dem Arbeiterstande und erhalten je 10 000 Mark. Fortuna hat also ihr Füllhorn über Leute ausgeschüttet, die das Geld gebrauchen können.

Berschiedenes

Wieder neue Todesstrafen? Nach einer Londoner Meldung soll man in der Universität von Cincinnati eine aufsehenerregende Entdeckung gemacht haben. Bei Experimenten mit ultravioletten Strahlen sei man zu der Feststellung gekommen, daß die Strahlen von einer bestimmten Stärke ab tödlich wirkten. Die neue Entdeckung soll jetzt im staatlichen Auftrag weiter untersucht und vervollkommen werden. Bekanntlich wurde schon vor dem und während des Krieges gemeldet, daß da und dort solche Todesstrahlen entdeckt worden seien, ohne daß man Näheres darüber erfahren hätte.

Eine historische Eiche dem Verkehr geopfert. Die nach Beendigung der Freiheitskriege im Jahre 1815 auf dem Kirchplatz von Cladow bei Berlin gepflanzte Friedenseiche ist jetzt niedergelegt worden, da sie der modernen Verkehrs-entwicklung angeblich hinderlich war. Cladow hat sich zu einem der belebtesten Berliner Ausflugsorte entwickelt und verlangt jetzt einen Parkplatz für Kraftfahrzeuge und eine Autobusabstellstelle. Man hat offenbar keinen anderen Platz dafür gefunden, als den bisherigen Standort der historischen Friedenseiche, die zu einer Sehenswürdigkeit Cladows, wie überhaupt der näheren Umgebung Berlins, zählte.

Wieviel Eisen hat der Mensch? Die im menschlichen Körper vorhandene Eisenmenge ist gering; sie beträgt beim Erwachsenen mit einem Körpergewicht von 70 Kilogramm nur rund drei Gramm. Davon entfallen auf die roten Blutkörperchen 2,7 Gramm, der Rest auf den Körper selbst. Der erwachsene Mensch scheidet Eisen täglich aus und zwar im Harn 0,5 bis 1,5 Milligramm, durch den Darm wesentlich mehr. Ein Säugling nimmt mit der Muttermilch täglich 3,3 Milligramm Eisen auf. Der Erwachsene stellt sein Eisengeleichgewicht her durch den Eisengehalt gemischter Kost. Viel Eisen enthalten Eier, Milch, Leber, Knochenmark, Blut, Kartoffeln, Äpfel, Erbsen, Bohnen, Spinat, Erdbeeren, Kefir, Eisenarm sind Reis und alle gekeulten Mehlsorten, ferner Käse, Milch, Butter. Wer sein Eisenkonto durch eisenhaltige Mineralwässer, durch Eisensalze usw. deckt, muß daran denken, daß durch Bildung von Schwefeleisen die Niere angereichert werden können.

Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens macht mit 505 790 etwa 4 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Welche volkswirtschaftliche Bedeutung das jugoslawische Deutschland hat, ergibt sich aus den Einwohnerzahlen einer Reihe bekannterer jugoslawischer Städte. Danach betrug die Zahl der volksdeutschen Bevölkerung von Brod 1126 (10 623 der Gesamtbevölkerung), Gilič 548 (7756), Gottschee 1500 (3359), Ruma 7000 (12 468), Banja Luka 7245 (19 407), Semlin 6654 (18 527), Weitzhagen 5247 (9650) und schließlich Belgrad 13 245 (27 011).

Das traditionelle Weßlaufen der Pariser Kellner wurde auch in diesem Jahre unter Teilnahme eines zahlreichen Zuschauerpublikums durch die Straßen von Paris durchgeführt. 200 Wettbewerber nahmen daran teil. Als „Renntrecke“ war der Weg von der Spitze des Mont Maritre nach der Rue Doudeauville, insgesamt 3500 Meter, festgelegt. Die an dem Preiswettbewerb teilnehmenden Kellner hatten ein Tablett mit einer Likörflasche und vier Gläser zu tragen. An vier Punkten gab es einen Wausaustausch, der dazu benutzt werden mußte, je ein Glas zu füllen, um schließlich mit vier gefüllten Gläsern am Ziel einzulaufen. Bedingung war, daß feins der Gläser zerfallen oder die Flasche vom Tablett verloren wurde. Auch durfte nicht ge-

Eine Frauen-Schutzorganisation gegen unreine Ehemänner. In Kopenhagen ist eine Vereinigung zum Schutze verheirateter Frauen in Dänemark gegründet worden. Die eigenartige Organisation hat sich das Ziel gesetzt, unreinen Ehemännern Respekt vor dem Ehegesetz beizubringen. Zu diesem Zwecke ist ein ausgedehnter Detektivdienst eingerichtet worden, um Ehemänner zu überwachen. Die Mitglieder der Vereinigung erhalten von den Seitenprängen ihrer Ehemänner sofort Nachricht und können mit Hilfe der Organisation die entsprechenden Schritte unternehmen, um die Männer zur ehelichen Treue zu verhalten. So werden Frauen, die in Beziehungen zu den betreffenden Ehemännern stehen, gewarnt; es wird ihnen geraten, ihre Beziehungen zu lösen, widrigenfalls ihnen öffentlich Stempel gemacht werden würde. Die Vereinigung rühmt sich, bereits in der kurzen Zeit ihres Bestandes zahlreiche Ehen, die durch die Untreue der Männer gefährdet waren, gerettet zu haben.



Das Schurman-Haus in Heidelberg. Der Erweiterungsbau der Universität Heidelberg, zu dem der frühere amerikanische Botschafter Schurman die Mittel stiftete und den Grundstein legte, ist nunmehr fertiggestellt.

Turnen und Sport

Deutschlands größtes Straßenrennen, die Deutschland-Rundfahrt, soll vom 3. bis 24. Mai 1931 über 4200 Kilometer in folgenden Etappen durchgeführt werden: Rüsselsheim—Freiburg, Freiburg—Ulm, Ulm—München, München—Schweinfurt, Schweinfurt—Erfurt, Erfurt—Dresden, Dresden—Breslau, Breslau—Viegnitz, Viegnitz—Berlin, Berlin—Magdeburg, Magdeburg—Hamburg, Hamburg—Hannover, Hannover—Dortmund, Dortmund—Aachen, Aachen—Trier, Trier—Rüsselsheim.

¼ Million Mark für einen Fußballer. Derzeit mit drei Punkten Vorprung in der 1. Liga führende Londoner Klub Arsenal beabsichtigt für 250 000 Mark von Südersfeld den internationalen Verteidiger Godall anzukaufen. Das ist die höchste Summe, die seit langem für einen Fußballer bezahlt worden ist.

7 000 deutsche Jünglinge fliegen! In erstaunlich kurzer Zeit ist der motorische Flug im Deutschen Luftfahrt-Berband zu einer wirklichen Bewegung unter der Deutschen Jugend geworden. Nach einem Zahlenvergleich zwischen den Ergebnissen des Jahres 1929 und den ersten 10 Monaten des Jahres 1930 ist die Zahl der Verbands- und Vereins-Gleit- und Segelfluggänge von 643 auf nahezu 1100 gestiegen. 22 Übungsstellen für unsere Segelflieger sind in Deutschland vorhanden. 163 Jungfliegergruppen sind im D. L. B. zusammengeschlossen; die Zahl der Luftfahrtdrängänge betrug 130. Ganz besonders erfreulich ist aber der starke Anbruch der Jugend zu diesem Sport: Während im Vorjahre die Gesamtzahl aller im D. L. B. vereinigten Jungflieger 4300 betrug, ist diese Zahl jetzt auf rund 7000 angewachsen.

Hundfunkprogramm.

Donnerstag.
Berlin—Stettin—Magdeburg.
7.00: Funk-Gesellschaft. — Anschließend: Frühkonzert. — 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. — 14.00: Alte Meister (Schallplatten-Konzert). — 15.20: „Von Waldenburger Reiter zur Heimat Wallenflens“. — 15.40: „Die Welt des Blinden“. — 16.05: Programm der Allgemeinen Abteilung. — 17.50: Quartett. — 17.30: Jugendstunde. — 18.10: „Das Arbeitslosenproblem“. — Arbeitslosen, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. — 18.40: Peter Scheyer erzählt Anekdoten. — 19.00: Aus der Aula der Augustaschule in Brandenburg a. d. Havel: Chor-gesänge. — 19.20: Drei Minuten vom Arbeitsamt. — 19.25: „Erich Kästner mit Musik“. — 20.00: Aus dem Hotel Adlon: Unterhaltungsmusik. Kapelle Emil Kooß. — 21.00: Orchesterkonzert. Berliner Funk-Orchester. — 22.30: Zeitungslesung. — Danach bis 0.30: Aus dem Hotel Eden: Tanz-Musik (Kapelle Wita Kitzka).

Königswusterhausen.
6.25: Zeitungs- und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gesellschaft. — Anschließend: Frühkonzert. — 10.00: Schulfunk. Von allerlei Staaten im Tierreich. — 10.30: Neueste Nachrichten. — 10.55: Mitteilungen des Verbandes der Preuss. Landgemeinden. — 11.30: Schallplatten-Konzert. — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplatten-Konzert. — 15.00: Jugendstunde. Reiten und Abenteuer. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 15.45: Frauenstunde. Berühmte Sängerkinnen. — 16.00: Pädagogischer Funk. Schule und Spiel. Der Verwandlungswille des Kindes. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagkonzertes Berlin. — 17.30: Farbe und Riesel im Gebrauch des Kaufmanns. — 18.00: Bücherstunde. — 18.25: Hochschulfunk. Goethes Faust. — 19.00: Aus der Praxis des Arbeitsrechts. — 19.30: Stunde des Landwirts. Deutsche Edelgepflanzung. — 19.50: Eine Vorchau auf das Dezemberprogramm der Deutschen Belle. — Anschließend: Wetterbericht. — 20.00: Aus dem Hotel Adlon: Unterhaltungsmusik. Kapelle Emil Kooß. — 20.30: Zeitungslesung. — Danach in einer alten Stadt. — Anschließend: Berliner Programm.

Freitag.

Berlin—Stettin—Magdeburg.
7.00: Funk-Gesellschaft. — Anschließend: Frühkonzert. — 12.30: Wettermeldungen. — 14.00: Robert (Schallplatten-Konzert). — 15.20: „Frauentypen im Film“. — 15.40: Die Berliner Gerichts-Organisation. — 16.05: „Eishoden-Trainingsfahrt nach England“. — 16.30: Aus Königsberg: Konzert. Funk-Orchester. — 17.45: Jugendstunde. „Ein Bild ins Planetenstern am Abendhimmel“. — 18.05: „Sozialpolitische Umchau“. — 18.25: Das neue Buch. — 18.35: Drei Minuten vom Arbeitsamt. — 18.40: Interview der Woche. — 19.00: Bunte Stunde. — 19.40: Programm der nächsten Woche. — 20.00: Offenbach-Praktik. „Die Schönebergin von Saragossa“ (Ges. Barbars). Operette in zwei Akten von Jacques Offenbach. Berliner Funk-Orchester. — Während einer Pause gegen 21.00: Tages- und Sportnachrichten. 22.15: Zeitungslesung. — Danach bis 0.30: Tanz-Musik (Ben Berlin-Dorfer).

Königswusterhausen.

6.25: Zeitungs- und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gesellschaft. — Anschließend: Frühkonzert. — 10.00: Schulfunk. Bei den Indianern in Mexiko (mit Schallplatten). — 10.30: Neueste Nachrichten. — 11.30: Schallplatten-Konzert. — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplatten-Konzert. — 14.30: Kinderstunde. Kind und Schallplatte. — Jungmädchenstunde. Das junge Mädchen als Staatsbürgerin. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 15.40: Frauenstunde. — 16.00: Pädagogischer Funk. Schulfunktechnik. Auswahl und Pflege der Schulfunkanlage. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagkonzertes Leipzig. — 17.30: Hausmusik (Arbeitsgemeinschaft). — 18.00: Die Arbeitsdienstpflicht. — 18.30: Hochschulfunk. Vulkanismus und Erdbeben. — 19.00: Wissenschaft. Vortrag v. Tiergarten. — 19.25: Gedanken zur Zeit. Vortragsabend über das Thema: „Bermittlung der Arbeitslosigkeit durch Vertiefung der Arbeitszeit?“ — Anschließend: Berliner Programm.

Entlarvt!

Roman von Otto Cifka.
Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.
(Nachdruck verboten.)

43. Fortsetzung.
„Auf Gut Hambach?“
„Ja.“
„Bei wem denn?“
„Nun, bei der Güterverwaltung.“
„Unmöglich, die hat niemals Wechsel ausgestellt?“
„Ja — bei wem soll ich denn sonst den Wechsel einlassen, da der alte Gutsherr ja tot ist?“
„Der alte Gutsherr selbst hat den Wechsel ausgestellt?“
„Ja.“
„Neben welcher Summe?“
„Zehntausend Mark.“
„Hören Sie, Krotzer, das ist unmöglich. Wegen tausend Mark brauchte der alte Herr Hambach seinen Wechsel auszustellen. Er konnte jederzeit hunderttausend Mark bei seiner Bank erheben. Sind das nicht wieder die saulen Geschäfte, zu denen Sie Ihre Geschäftsfreunde verleitet hat?“
„Es sind richtig ausgestellte und angemessene Wechsel.“ brumnte Krotzer. „Der Krummacker hat sie mir allerdings gegeben, als Entschädigung und — und — na, und daß ich das Maul über gewisse Dinge halte. Zu Ihnen kann ich ja offen sprechen — Sie sind ja auch in einen Prozeß verwickelt.“
„Schweigen Sie, und machen Sie sich nicht in meine Angelegenheiten. Ihre Wechselgeschichte erscheint mir in sehr seltsamer Lage. Wer ist denn eigentlich dieser Geschäftsfreund Krummacker, und wie kommt er zu den Wechseln?“
„Na — der Gottlieb Friedrich Krummacker betreibt in Berlin ein kleines Bankgeschäft, das heißt,“ setzte er lächelnd hinzu, „andere Leute würden dazu ein Wechselgeschäft sagen. Er gibt notleidenden Bedemännern Darlehen gegen anständige Pfanden — zuweilen macht er

auch ein kleines Spielchen, wenn es gilt, einige von den Leuten zu rupfen, die nicht alle werden.“
„Und dabei haben Sie ihn gelassen und sind behalt.“
„Hinter die schwedischen Gardinen gekommen. Und nun hat mir der Gottlieb Krummacker die beiden Wechsel gegeben, weil er mich gern nach Amerika spedieren will.“
„Das scheint mir allerdings ein sauberer Geschäftsfreund zu sein.“
„Der Teufel soll ihn holen! — Aber Sie kennen ihn ja auch, Herr Born.“
„Ach? — Davor soll mich der Himmel bewahren.“
„Na, entsinnen Sie sich nicht des Spielabends im „Weißen Roß“, der mit der Prigelei endete?“
„Frei sehr empör, eine heiße Blutwelle überflutete seine Stirn. Unparteiig schoß ihm der Gedanke durch den Kopf, daß er die Lösung des Rätsels, das sein Leben, seine Ehre zu vernichten im Begriff stand, in den Händen hielt.“
„Wie — dieser Krummacker ist jener Sommer, der Lengner und Wietholz das Geld abgemann?“
„Ja, freilich — es ist ein und dieselbe Person. Von jenem Abend kamen ja auch die Wechsel von Lengner und Wietholz. Lengner hat den seinen schon vor längerer Zeit eingelöst, Wietholz aber hat immer prolongiert, jetzt aber hat's ein Ende damit. Ich will Geld sehen.“
„Frei bestand sich in hochgradiger Erregung. Er schritt hastig im Zimmer auf und ab, erstaunt folgte ihm Krotzer mit den Augen.“
„Was haben Sie denn, Herr Born?“ fragte er.
„Ja — so — ich dachte nur eben darüber nach, daß Sie bei Wietholz schwerlich zu Ihrem Gelde kommen werden. Wietholz ist außer Landes gegangen.“
„Donnerwetter!“
„Wer hat den Wechsel ausgestellt — Sie?“
„Kee — der Krummacker.“
„Wollen Sie mir den Wechsel einmal zeigen?“
„Wozu?“ fragte Krotzer miträuschlich.
„Nun, ich will sehen, ob die Unterschrift von Wietholz echt ist, ich kenne sie ganz genau.“

„Das wäre des Teufels, wenn mich der Gottlieb so hereingelegt hätte! Da haben Sie den Wechsel.“
„Er holte aus einer Brieftasche, die auch mehrere Papiere enthielt, den Wechsel hervor und hielt ihn frei hin.“
„Frei las den Namen Wietholz als zahlungspflichtiger Akzeptant, und dann als Aussteller: Gottlieb Friedrich Krummacker, Berlin, Friedrichstraße 185... Der Wechsel lautete über zehntausend Mark.“
„Die Unterschrift ist echt,“ sagte Frei Born und suchte das Jittern seiner Stimme zu verbergen. „Aber Sie können nichts damit anfangen, Sie können Wietholz nicht erreichen, und protestieren wollen Sie doch den Wechsel nicht lassen, wer weiß, was dabei alles zur Sprache käme.“
„Verdammt, da haben Sie recht! Der Gottlieb würde mir die Suppe schon verfallen. Aber was fange ich denn mit dem Biß an?“
„Ich will Ihnen einen Vorschlag machen — verkaufen Sie mir den Wechsel, ich stehe mit Wietholz noch in Abrechnung, da kann ich das Papier verwenden.“
„Jawohl,“ lachte Krotzer brutal, „und geben mir nur die Hälfte dafür! Ich kenne das.“
„Wein, ich zahle Ihnen den vollen Betrag.“
„Wirklich?“
„Frei ging zu seinem Geldschrank, öffnete ihn und entnahm einer Kassette sechs Hundertmarkstücke.“
„Da ist das Geld — wenn Sie also wollen.“
„Natürlich will ich! Da haben Sie den Biß, und nun geben Sie mir das Geld.“
„Frei nahm den Wechsel und legte dafür das Geld auf den Tisch, das Krotzer gierig einstrich.“
„Das war ein glattes Geschäft, Herr Born, und ich danke Ihnen vielmals. — Wollen Sie nicht vielleicht auch den anderen Wechsel taufen? Das würde mit Zeit und Mühe ersparen — er ist übermorgen schon fällig — und ich könnte gleich nach Hamburg abhumpfen.“
„Da müßte ich den Wechsel doch zuerst sehen. Ich kann es nicht glauben, daß der Güterbesitzer Hambach einen Wechsel unterschrieben hat.“
„Na, dann überzeugen Sie sich...“ Und wieder holte Krotzer einen Wechsel aus seiner Brieftasche hervor und reichte ihn Frei.
(Fortsetzung folgt.)